

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

In Sorge um das Schicksal der Welt

Den aufsehenerregenden Vortrag, den *Prof. Otto Hahn*, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Mitte Februar über die Gefahren der Kobaltbombe gehalten hat, kann man jetzt in Ruhe nachlesen; der Gelehrte hat den Wortlaut der Zeitschrift *Universitas* (Stuttgart) zur Verfügung gestellt, die ihn an der Spitze ihres Märzheftes veröffentlicht. Wir zitieren zustimmend die Schlußfolgerung des Forschers: „Einem vereinten Appell aller verantwortungsbewußten Wissenschaftler, denen die Gefahren der Anwendung eines die Welt bedrohenden Kriegsmittels bekannt sind, sollte es doch gelingen, die Verantwortlichen der großen Politik auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs an einen Verhandlungstisch zu bringen.“

Kurz darauf hat bekanntlich *Winston Churchill* einen ähnlichen Mahnruf vor der Wasserstoffbombe an die Welt gerichtet. Den Wortlaut findet man in der Wochenzeitung *Deutsche Kommentare* (Nr. 11), die dankenswerterweise immer wieder solche Texte unter dem Stichwort „Material für das eigene Urteil“ vermittelt. In der gleichen Nummer untersucht der Leitartikel des Herausgebers *Dr. Karl Silex* die Frage, ob das Ende der konventionellen Waffen gekommen sei; er verweist dabei auf die Ansicht des Londoner *Economist*, daß die Wissenschaftler damit beschäftigt seien, die konventionellen Waffen selbst in Waffen des Atomzeitalters zu verwandeln — was dann in anderer Form einem „Ende der konventionellen Waffen“ entspräche.

Die Frage der „Bedingungen für den Frieden“ untersucht *Richard Löwenthal* in der englischen Zeitschrift *The Twentieth Century*; der deutsche Text ist in der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* (55) nachzulesen. Löwenthal mahnt in seinen sehr nüchternen Ausführungen, jede Chance zu ergreifen, durch Verhandlungen zu einer Entspannung zu gelangen. In der gewonnenen Pause müsse man sich „auf die konstruktiven Aufgaben konzentrieren, die mit Recht den Hauptlebensinhalt jeder freien Gesellschaft bilden“. Als solche Aufgaben nennt er die Lösung grundsätzlicher Arbeitsfragen in den industriellen Ländern und das Problem der Industrialisierung der unterentwickelten Länder: „Wir sollten unsere Energien endlich wieder auf die eigentlichen Anliegen der freien Menschheit konzentrieren können. Es lohnt sich, für dieses Ziel zu kämpfen.“

Zu den spezifisch deutschen Problemen der *Wiederaufrüstung* äußert sich vom christlichen Standort aus neuerdings die *Junge Kirche* (3/4). Der leitende Aufsatz von *Prof. Götz Harbsmeier* (Lüneburg) untersucht tiefgründig die

Frage des „Glaubensgehorsams in weltlichen Dingen“, wobei der Verfasser zu folgendem Ergebnis kommt: „Wer sein verzweifeltetes Vertrauen schließlich nur noch auf die Überlegenheit der Waffen setzt, der anerkennt eben damit die Überlegenheit dieser Waffen und ihres technischen Apparates über sich selbst genauso wie über den möglichen Gegner. Das aber ist die Selbstpreisgabe derjenigen Freiheit des Menschen in der Welt, die allein seine Macht ausmacht. Und er begibt sich damit in die vollendete Ohnmacht gegenüber den militärischen Machtmitteln, die er selbst produziert. Ich kann darin keinen Glaubensgehorsam sehen, wenn ich dabei mittue. Ich sehe es für mich als Glaubensgehorsam an, mich dagegen mit der mir gegebenen Freiheit und aus der mir zugemuteten Verantwortung heraus zu wehren und andere darauf aufmerksam zu machen.“ In der gleichen Gesinnung kommen in der zitierten Nummer dieser protestantischen Monatshefte *Helmut Gollwitzer*, *Ernst Lange* u. a. zu Wort.

In der Schweiz hat neuerlich die Zeitschrift *Der neue Bund* (2) die Frage der deutschen Wiederaufrüstung aufgegriffen. Die Redaktion überläßt hierzu *Prof. Wolfgang Abendroth* den Platz des Leitartikels; der Verfasser untersucht das Problem in seinem unlösbaren Zusammenhang mit der Weltlage und mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung; er unterstreicht, daß die Wiederherstellung der Wehrmacht nach der Absicht reaktionärer Kreise nicht zuletzt dazu dienen solle, „durch die neue Armee ein Machtinstrument gegen die reale Macht der Gewerkschaften zu gewinnen“. Die deutsche Arbeiterbewegung könne ihrer geschichtlichen Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie vor der Gefahr warne, die unvermeidlich auch für die anderen europäischen Länder entstehe, „wenn der Vorherrschaft der Reusch und Cie. in der Wirtschaft, der Vorherrschaft der Globke und Cie. in der Bürokratie sich noch eine Armee zugesellt“.

Sehr zahlreich sind nach wie vor die Erklärungen deutscher Gewerkschaftsorgane gegen die Wiederaufrüstung. Wir beschränken uns darauf, zwei wichtige Aufsätze zu nennen: *Druck und Papier* (5) lehnt entschieden eine „demokratische Kreuzzugsideologie“ ab und fordert statt dessen: „Gerade weil die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiter und Angestellten einen anderen Weg gehen will als den der totalitären Staaten im Osten, ist der Ausbau und die Entwicklung der Demokratie eine zentrale Angelegenheit — besonders auch für die Gewerkschaften.“ Zur Frage der Lasten einer Wiederaufrüstung veröffentlicht *Die Quelle* (2) den viel zitierten Vortrag, den *Dr. Viktor Agartz* auf der bayerischen Landesbezirkskonferenz des DGB am 16. Januar gehalten hat; ähnlich wie *Abendroth* sieht *Agartz* in der Wiederaufrüstung eine Gefährdung der Demokra-

tie, des Lebensstandards und der Wiedervereinigung und fordert gegenüber dem Osten „nicht Wetttrüsten, sondern sozialen Wettstreit“.

Durchleuchtung des Kommunismus

Die personellen Veränderungen und gesellschaftlichen Umschichtungen in der Sowjetunion sind natürlich vielfach kommentiert worden. Aus der Reihe der gründlicheren Analysen erwähnen wir zwei Aufsätze im *Forum* (15). Dort schreibt *Franz Borkenau* historisch und aktuell über das Verhältnis von Partei und Armee in der Sowjetunion. Er kommt zu dem Ergebnis, daß mit einem Putsch der Armee und der Errichtung einer Militärdiktatur nicht zu rechnen sei; Schukow sei kein Franco. Die Armee sei die große Macht im Hintergrund, könne aber nicht selbst regieren und verwalten. Schukows nächstes Ziel dürfte — so meint Borkenau — die Ersetzung Chruschtschews durch einen der Armee völlig genehmen Zivilisten (eventuell sogar wieder Malenkow!) sein. Jedenfalls dürfte es nach Borkenaus Ansicht zu weiteren Reibungen zwischen der gegenwärtigen Heeresführung und der gegenwärtigen Parteiführung kommen, vor allem auf den Gebieten der Agrarpolitik, der Religionspolitik und der Machtansprüche „des so stark nach links tendierenden Parteiregimes“. Ergänzend schreibt *Ruth Fischer*, die Umschichtung an der Spitze der russischen Partei bedeute „Verhärtung nach außen“; die westliche Politik werde großer Umsicht, Geduld und Klugheit bedürfen, um Europa aus dieser verfahrenen Lage ohne Krieg herauszumanövrieren.

„Die Lage in Moskaus Hierarchie“ macht *Hans Jaeger* zum Thema eines Aufsatzes in der *Deutschen Rundschau* (3), der noch unmittelbar vor der Absetzung Malenkows geschrieben wurde; nicht nur wegen seiner richtigen Voraussagen, sondern auch wegen mancher personeller Details ist der Artikel auch nachträglich lesenswert. Interessante Auszüge vor allem aus russischen, englischen, italienischen und schweizerischen Zeitungen findet man in *Ost-Probleme* (8); die Dokumente betreffen vor allem das Schuldbekenntnis Malenkows, die Stationen der politischen Karriere Chruschtschews und seine „Technik der Machtakkumulation“ sowie das neue Budget der Sowjetunion mit seiner Rückkehr zur Vorrangstellung der Schwer- und Rüstungsindustrie.

Das nächste Heft (9) der *Ost-Probleme* ist dem großen Thema *China* gewidmet. Eingehende Analysen, die aus amerikanischen und russischen, chinesischen und englischen Zeitungen und Zeitschriften wiedergegeben werden, betreffen vor allem die chinesische Wirtschaftspolitik. Ein hier in deutscher Sprache veröffentlichter Aufsatz von *Franz Borkenau* aus *Commentary* (New York, Dezember 1954) be-

handelt die Problematik der „Achse Moskau—Peking“; der Verfasser sieht einen „Kampf um die Macht unter einer gemeinsamen internationalen Führung“, eine „Auseinandersetzung zwischen einzelnen Fraktionen innerhalb eines kleinen Kreises internationaler Spitzenfunktionäre“ (der Sowjetunion und Chinas) heraufziehen. Abschließend bringt das Heft eine Reihe internationaler Stimmen zum Thema *Formosa*, dem übrigens auch der ostdeutsche *Aufbau* (3) einen längeren Aufsatz von *Gerd Kahle* widmet; nach einer Orientierung über Geographie, Bevölkerung, Wirtschaft und Geschichte der Insel Taiwan (Formosa) gelangt der Verfasser zu den bekannten Drohungen, das chinesische Volk werde sich „durch nichts und niemanden“ von der Befreiung Taiwans abhalten lassen, und es dürfe in diesem Kampf „auf die Solidarität aller friedliebenden Menschen rechnen“. Nach unserer Meinung haben die friedliebenden Menschen — auch wenn sie die Ansprüche Chinas auf die Insel für berechtigt halten — für dieses friedensgefährdende Säbel- und Wortgerassel keine Sympathien! Dem „großen Rätsel der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts“, nämlich der immer stärker werdenden wirtschaftlichen und militärischen Macht des 600-Millionen-Volkes der Chinesen, widmet die französische Wochenzeitung *Carrefour* (546) mehrere interessante Artikel. Eine gründliche Untersuchung über die Stellung des Bauern im kommunistischen China aus der Feder von *Prof. Walter Grottian* brachte die *Zeitschrift für Politik* (3); der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß das kommunistische Regime systematisch den Einfluß der Bauern in der Partei wie in den öffentlichen Institutionen *zurückdränge* und auch die durch das Bodenreformgesetz gewonnene wirtschaftliche Selbständigkeit der Bauern Schritt für Schritt einschränke. Die KP Chinas, die doch ihre Siege fast ausschließlich ihren bäuerlichen Anhängern verdanke, erstrebe zweifellos die Kollektivwirtschaft nach sowjetischem Vorbild; diese Tendenzen dürften, so schreibt Grottian, das kommunistische Regime in China in den nächsten Jahren einer sehr schweren Belastungsprobe aussetzen.

Der kommunistischen Bewegung in *Frankreich* widmet das *Bulletin de l'Association d'Etudes et d'Informations politiques internationales* ein sehr reichhaltiges Sonderheft (126) von bleibendem Wert. Es enthält u. a. eine knapp gefaßte Geschichte der Kommunistischen Partei Frankreichs von 1920 bis 1955 mit allen ihren Schwenkungen und Schwankungen, eine Untersuchung über den Einfluß der P. C. F. auf die französischen Gewerkschaften, eine Liste der „kryptokommunistischen Organisationen“, die Statuten der Partei, eine Darstellung der Struktur und des Funktionierens des Parteiapparats sowie Hinweise auf die wichtigste einschlägige Literatur.

Gewerkschaftsprobleme

Mit rückhaltloser Heftigkeit und Offenheit plädiert die Zeitschrift *Neues Abendland* (3) dafür, „eigene christliche Gewerkschaften großen Stils wieder ins Leben zu rufen“. Der unter dem Titel „Recht bricht Einheit“ stehende Leitartikel, den Chefredakteur *Dr. Helmut Ibach* zeichnet, knüpft an ein Urteil der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Hannover an, durch das ein „Bund Christlicher Gewerkschaften“, den der Verfasser selbst als „eine kleine Gruppe“ kennzeichnet, und nicht der „beutegierige“ DGB als Nachfolgeorganisation der früheren Christlichen Gewerkschaften anerkannt worden sei. Damit sei „die Einheitsmythologie des DGB — wenn auch einstweilen nur im Rechtsbereich — zusammengebrochen“: „Die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre im DGB, aber auch in den Sozialausschüssen der CDU, werden sich ... überlegen müssen, ob sie ihren mangelnden Mut, eigene christliche Gewerkschaften großen Stils wieder ins Leben zu rufen, weiterhin mit dem Vorwand verschleiern können, eine Neugründung würde schon am Totalverlust des früheren christlichen Gewerkschaftsvermögens scheitern.“ Man stehe, sagt Ibach, nunmehr vor der unausweichlichen Entscheidung: Umbau der Einheitsgewerkschaft zu einem freiheitlichen Gewerkschaften-„Bund“ — oder Spaltung. Seine heftige Polemik richtet sich mindestens so sehr gegen „die im DGB untergekommenen alten christlichen Gewerkschaftsfunktionäre“ wie gegen den ihm verhassten DGB selbst.

Indessen geht die ruhige, zielbewußte gewerkschaftliche Bildungsarbeit weiter. Darüber orientiert u. a. ein kritischer Rückblick und Rechenschaftsbericht von *Fritz Fricke* in *Die Quelle* (1954, 12), der gewisse Mängel und Fehlschläge nicht verschweigt, aber auch mit Recht die gar nicht zu überschätzende segensreiche Wirkung einer konsequent durch viele Jahre hindurch geleisteten Schulungsarbeit hervorhebt.

Über Geschichte und Größe der *britischen* Gewerkschaftsbewegung orientiert gut ein Aufsatz von *Paul Stamford* (London) in der schweizerischen *Gewerkschaftlichen Rundschau* (2) an Hand einiger wichtiger neuer Bücher, die zu diesem Thema in England erschienen sind.

Soziale Fragen

Es erscheint uns sehr bemerkenswert, daß das Problem der *Geburtenregelung* auch in einem so stabilen und in vieler Hinsicht eher konservativen Lande wie der *Schweiz* eine solche Aktualität angenommen hat, daß die „Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft“ ihre letzte Generalversammlung diesem Thema widmete. Die dort gehaltenen Vorträge und Diskussionsreden von Ärzten, Geistlichen, Fürsorgerinnen,

Juristen, Kommunalpolitikern u. a. sind jetzt in der *Schweizerischen Zeitschrift für Gemeinnützigkeit* (93. Jahrgang, Nr. 12) publiziert. Die verantwortungsbewußte und mutige An, wie hier von sachkundigen Rednern über die Geburtenregelung gesprochen wird, verdient weit über die Schweizer Grenzen hinaus Beachtung, zumal das Heft alle wesentlichen Gesichtspunkte pro et contra und viel Material zu diesem brennenden Thema enthält. Zur Ergänzung sei auf einen kleinen Aufsatz verwiesen, den *Prof. Dr. med. Albrecht Peiper* unter dem Thema „Menschliche Gesittung und gesellschaftliche Stellung des Kindes“ in *Universitas* (3) zur Geschichte der Kindersterblichkeit und der Kinderarbeit veröffentlicht.

Die wirtschaftliche und soziale Situation *Griechenlands* ist Gegenstand einer eingehenden und sehr kritischen Untersuchung, die wir in der Pariser Zeitschrift *Economie et Realites Mondiales* (61) unter dem Titel „Le drame de Peconomie grecque“ lesen; der Verfasser, *Maurice Bouvier-Ajam*, der sich über gründliche Sachkenntnisse ausweist, scheut nicht davor zurück, das Versagen der griechischen Nachkriegsregierungen und ihrer amerikanischen und englischen Hintermänner mit aller Deutlichkeit anzuklagen. Viel optimistischer klingt demgegenüber eine Darstellung der wirtschaftlichen Situation in Griechenland, die wir in der Brüsseler Zeitschrift *Europe Unie* (2) finden.

Die parlamentarische Untersuchung über das soziale Elend in *Italien* wird in der neuesten Nummer (LXXI, 1) der *Revue Internationale du Travail* eingehend besprochen; der Verfasser, der italienische Deputierte *Lodovico Montini*, stellt fest, daß derartige Enqueten niemals automatisch zu raschen Verbesserungen der Mißstände führen, daß aber die italienische Öffentlichkeit nun über den ganzen Umfang des sozialen Elends, der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit usw. Bescheid wisse und in einem Geiste der Solidarität alle Mittel für den Kampf um die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Stadt und Land (Agrarreform!) einsetzen müsse. Ergänzend sei auf zwei Aufsätze in deutscher Sprache hingewiesen, die aus der Feder von *Duilio Codrignani* zum gleichen Thema in der schweizerischen *Gewerkschaftlichen Rundschau* (März 1954, Februar 1955) erschienen sind.

Daß die Frage der Beziehungen zwischen Frankreich und Tunesien nicht zuletzt ein soziales Problem ist, erhärtet ein Aufsatz von *Robert Delavignette* in der Pariser Zeitschrift *La Vie Intellectuelle* (März 1955). Als Beispiel für die gewaltigen Aufgaben, deren Lösung ohne die Bereitschaft zu großen finanziellen Leistungen und Opfern nicht denkbar sei, verweist der Verfasser auf die Tatsache, daß es heute 700 000, in zehn Jahren bereits 1 Million schulpflichtiger Kinder in Tunesien gebe.

Dr. Walter Fabian